

Einleitung

Thomas Lutz

Im letzten September hat in Bremen zum dritten Mal die »Gedenkstättenkonferenz« stattgefunden. Sie ist gedacht als eine neue Form des Informationsaustauschs und der Abstimmung unter den Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes. Hierzu werden gezielt Vertreter der in Deutschland tätigen Gedenkstättenverbände und für sie als Ansprechpartner wichtige Einrichtungen eingeladen: Delegierte der bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten und -Initiativen, der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und der AG KZ-Gedenkstätten. Hinzu kommen noch einige Einrichtungen, die sich in keinem der Verbände wiederfinden. Insgesamt nahmen an den ersten Treffen jeweils etwa 40 Personen teil.

Bei der Zusammenkunft in Bremen wurde am ersten Abend über die Entwicklung und aktuelle Situation der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland debattiert. Gerade angesichts der 70. Jahrestage der Befreiung ist das ein Thema, das in vielfältiger Weise auf der Tagesordnung steht – bei Gedenkreden, aber auch bei Seminaren, Tagungen und Symposien oder in den Medien.

In Bremen haben einige Statements und eine anschließende Podiumsdiskussion zu einer intensiven Debatte geführt. Cornelia Siebeck, Habbo Knoch und Harald Schmid haben die Debatte durch ihre Redebeiträge eröffnet. Im Folgenden sind die überarbeiteten schriftlichen Fassungen der Beiträge von Cornelia Siebeck und Harald Schmid abgedruckt. Der Artikel von Habbo Knoch wird in der nächsten Ausgabe des GedenkstättenRundbrief im Juni publiziert werden. Obwohl sie unterschiedliche Zugänge zur Tätigkeit von Gedenkstätten aufweisen, haben sie übereinstimmend Themenbereiche identifiziert, die zentrale Entwicklungen darstellen und wegweisend nach strategischen Überlegungen verlangen – auch wenn die Begrifflichkeiten ebenso wie die konkreten Vorschläge für zukünftige Schwerpunktsetzungen voneinander abweichen.

Unstrittig ist, dass die NS-Vergangenheit, eine so besondere Form von Verbrechen mit sich gebracht hat, dass sie auch in Zukunft ein zentraler historischer Bezugspunkt bleiben wird – nicht nur für das Verständnis der deutschen Gegenwart. Des Weiteren ist in den Beschreibungen der Entwicklung der Gedenkstätten zu lesen, dass sich die Gedenkstätten von unbequemen, zunächst angefeindeten Stätten der Empathie mit den Verfolgten und des Aufbegehrens gegen die Erinnerungslosigkeit immer mehr zu konsensualen Einrichtungen entwickelt haben, die in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Inwieweit sie vor allem nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten seit den neunziger Jahren zum nation building beigetragen haben, identitätsstiftende Museen geworden sind oder sich doch wegen der Auseinandersetzung mit der von Deutschen begangenen Staatsverbrechen gegen eine eindimensionale politische Nutzung sperren, wird graduell von den Autorinnen und den Autoren unterschiedlich bewertet.

Offensichtlich ist, dass gerade im Zusammenhang mit den Gedenktagen anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung immer wieder die Fragestellung aufgeworfen wird, wie die Tätigkeit an den historischen Orten ohne Überlebende weitergehen wird. Dies ist bei genauer Betrachtung keine neue Entwicklung. Die gleichen Diskussionen hat es auch schon im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag gegeben. Viel ist dazu in den

letzten Jahren publiziert und gesagt worden. Zusammenfassend ist die Feststellung von Bedeutung, dass die besonderen humanitären Aufgaben der Gedenkstätten in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen und sich gleichzeitig verlagert haben. In der Zwischenzeit wenden sich Angehörige aus der zweiten, aber auch dritten Generation an die Gedenkstätten und haben von historischen Anfragen bis zur Beerdigung der jüngst gestorbenen Überlebenden am Ort ihres Leidens vielfältige Anliegen.

Gedenkstätten können darüber hinaus in den letzten Jahren ein stetig wachsendes Besuchsinteresse verzeichnen. Gerade in den letzten beiden Jahren haben sich mehrere Bundesländer – nach sehr langem Zögern – zu einer relativ gesehen wesentlichen Erhöhung der finanziellen Förderung der Institutionen und der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen entschlossen. Die Art und Weise der Verknüpfung von Ehrenamt, das die Zivilgesellschaft repräsentiert, und den zumeist kleinen, professionellen Einrichtungen sowie deren Förderung und Anbindung an die öffentliche Hand wird für die zukünftige Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland eine zentrale Bedeutung haben. Was das in der Umsetzung genau bedeutet, bleibt aber insgesamt eher im Vagen. In den hier publizierten Artikeln jedoch wird hinterfragt, wie weit die Anerkennung der Gedenkstättenarbeit tatsächlich gediehen ist, welchen Grad an Bedeutung oder gar Scheinbedeutsamkeit diese Entwicklung hat. Selbstkritisch wird angemerkt, dass vor allem junge Menschen heute die Auseinandersetzung um die Etablierung von Gedenkstätten nicht miterlebt haben und stattdessen mit den »guten« staatlichen Einrichtungen in Berührung kommen. Die Gefahr wird beschrieben, dass sie die Geschichtsdarstellung als eine hegemoniale Form ansehen, die die so wichtige Mehrdeutigkeit und Hinterfragbarkeit des Ausgestellten blockiert.

Als eine Antwort auf die Anfragen, die die Erfolgsgeschichte in den letzten Jahrzehnten mit sich bringt, wird in allen Beiträgen die Notwendigkeit der Neudefinition des Verhältnisses von der dargestellten Geschichte der NS-Verbrechen zur Gegenwart betont. Es ist deutlich, dass deren Ausgangspunkt das kritische Hinterfragen von Handeln in der Geschichte ist. Hinsichtlich einer historisch-reflexiven Erinnerungskultur und deren Positionierung zur Gegenwart gibt es unterschiedliche Auffassungen. Beharrlich wird von der Herstellung des Gegenwartsbezugs mit der Beschreibung der Entstehung der Gedenkstätten und der Warnung vor einer simplen Gleichsetzung historischer Ereignisse der Erwerb von historischer Kompetenz erwartet. Eine andere Möglichkeit des Bezugs zur heutigen Gesellschaft könne das Aufzeigen der Veränderungen bei der Darstellung von Vergangenheit sein, die mit wachsendem zeitlichem Abstand unterschiedlich interpretiert wird. Forderungen, die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischer (Fehl-) Entwicklung heute stärker in die Gedenkstättenarbeit zu integrieren, werden aber ebenso gestellt.

Dr. Thomas Lutz ist als Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors Redakteur des GedenkstättenRundbrief.